1D 20079 F

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D und COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschuztz e.V.

23. Jahrgang Nr. 5 Sept./Okt. 1992

Euer Geist und eure Tugend diene dem Sinn der Erde – und aller Dinge Wert werde neu von euch gesetzt! Darum sollt ihr Kämpfende sein! Darum sollt ihr Schaffende sein!

Friedrich Nietzsche (15.10.1844–28.8.1900)

Thesen zu einem erweiterten Gesundheitsverständnis

Dr. Martin R. Schüpbach

Seit 1967 war Dr. Martin Schüpbach in der kantonalen Lebensmittelkontrolle in Basel tätig, ab 1977 als Kantonschemiker in leitender Stellung. Durch seine unerschrockene Art, Mißstände anzuprangern, hatte er sich mit massiven Angriffen aus der Industrie auseinanderzusetzen und war bald als »kämpferischer grüner Kantonschemiker« bekannt. Ende 1991 verließ er dieses Amt – nicht aus Mißstimmung oder Frustration, wie er ausdrücklich betont –, um als Präsident des Verwaltungsrates der WELEDA AG ein neues Betätigungsfeld zu übernehmen. Im Rückblick auf seine Erfahrungen mit behördlicher Gesundheitspolitik setzt er sich kritisch mit den Dogmen des Materialismus auseinander, die alle unsere Lebensbereiche durchziehen und in der Gesundheitspolitik besonders existentielle Menschheitsprobleme hervorrufen.

Schüpbachs thesenhafte Ausführungen gipfeln in der Forderung nach einem geistgemäßen Menschenbild, das eine fundamentale Voraussetzung für die Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens ist.

Gesundheitspolitik ist schwierig geworden in unserer Zeit, weil ein umfassender Gesundheitsbegriff fehlt. Die »moderne« Medizin versucht unseren Körper vor allem als biochemischen Mechanismus zu verstehen. Ihre Heilmittel sind Reparaturstoffe, welche als »Ersatzteile« oder »Schmierstoffe« helfen sollen, den Mechanismus wieder auf Touren zu bringen. Es soll dabei gar nicht abgestritten werden, daß solche Mittel manchmal notwendig oder sogar lebensrettend sein können. Heilend aber sind sie meistens nicht, denn sie beseitigen nur Folgen, ohne die Ursachen zu therapieren.

Der allgemeine Notstand jener Medizin, sie sich mit den inneren Krankheiten befaßt, zeigt aber doch deutlich, daß heute andere, ganzheitliche Gedankenansätze gemacht werden müssen. Mit diesen Zeilen soll durch ein paar lapidare Marksteine versucht werden, die allgemeine Richtung abzustecken, in der ein sachgerechter Gesundheitsbegriff gefunden werden kann.

Materialistisches Weltbild und Nützlichkeitsdenken

Im Verlauf des Spätmittelalters bis in die Neuzeit hat sich eine Naturwissenschaft entwickelt, die ihre analytische Denkart immer ausschließlicher nur auf die materiellen Zusammenhänge in Mensch und Natur ausgerichtet hat. Daraus hat sich in unserer Zeit ein materialistisches Weltbild mit dogmatischen Zügen ergeben, das wie selbstverständlich als Lebensgrundgefühl in uns allen vorhanden ist. Entsprechend geistlos ist auch vieles geworden, was wir Kultur nennen und was doch nur ein Teil eines Zerstörungsprozesses ist, der Mensch und Gesellschaft erfaßt hat.

Diese moderne Naturwissenschaft hat sich ja auch als enorm »nützlich« erwiesen, denn ihre Erkenntnisse und Gesetze ließen sich in vielerlei technischen Einrichtungen anwenden. Kein Lebensbereich blieb von den großartigen technischen Errungenschaften verschont, und die Zivilisation erhob sich in schwindelerregende Höhen.

Im weiteren Verlauf zeigt sich aber immer deutlicher der Pferdefuß aller dieser schönen technischen Geschenke: Letzten Endes steckt in allen, auch in den friedlich gemeinten technischen Errungenschaften ein ungeheures Potential an Menschenfeindlichkeit, das sich als allgemeine Lebensfeindlichkeit auch immer deutlicher gegen alles Lebendige insgesamt auf unserem Planeten richtet.

Die Kehrseite des technischen Fortschritts

Die Autotechnik zum Beispiel hat uns eingeredet, daß es gut für den Menschen sei, wenn er mit Tempo 100 oder

mehr von Ort zu Ort rasen könne. Inzwischen merken wir aber, daß die Autoabgase (zusammen mit anderen technischen Verschmutzungsquellen) unsere Lufthülle zerstören, daß die Wälder und alle Pflanzen ihre Vitalität verlieren und daß die menschliche Seele beim hektischen Tempo der dauernd wechselnden Sinneseindrücke jede innere Vertiefungskraft verliert.

Die Agrotechnik zum Beispiel hat uns eingeredet, daß es gut für den Menschen sei, wenn er die Landschaft maschinengerecht ausräume, öde Monokulturen oder tierquälerische Massentierhaltungen anlege und Tonne auf Tonne von Giften in die Biosphäre ausbringe. Inzwischen merken wir aber, daß die Tier- und Pflanzenwelt verarmt, das Grundwasser verschmutzt und der Erholungswert einer intakten Landschaft dahin ist. Oder merken wir es nicht mehr, weil unsere ausgeräumte Seele jede Beziehung zur lebenden Kultur verloren hat?

Die Gentechnik zum Beispiel redet uns ein, daß es gut für den Menschen sei, wenn er sich als Schöpfer aufspiele und in die Erbsubstanz von Pflanzen, Tieren und Menschen eingreife, wie es ihm gefällt. Inzwischen merken wir aber langsam, daß mit diesen Manipulationen die strenge Artenschranke unterwandert wird, welche die Geschöpfe weise voneinander trennen soll. So wurde zum Beispiel ein menschliches Wachstumsgen in ein Schwein verpflanzt, welch sublime Art der Sodomie!

Die Artenschranke manifestiert sich in den warmblütigen Geschöpfen als Immunsystem im Blut. Wundern wir uns, daß dieses Immunsystem heute schwach (AIDS) oder durchdreht (Allergien)? Wohl besteht keine einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen Aids, Allergien und Gentechnik. Aber ganzheitlich gedacht bewegen wir uns doch im gleichen Gedankenkomplex. Es geht um die Idee eines in sich geschlossenen, durch die Artenschranke abgegrenzten Wesens, das in seiner Integrität verletzt wird. Ist unser ganzheitliches Wesensverständnis wirklich schon weit genug entwickelt, daß wir uns solche Manipulationen leisten können?

Sachgerechte Erkenntnis des Menschen?

Ein Automechaniker, der mit seinen Schraubenschlüsseln einen Computer reparieren wollte, müßte diesen zerstören, denn weder seine Werkzeuge, noch seine Kenntnisse sind sachgerecht. Er versteht die Funktionsweise des Computers nicht. Auch der Gentechniker versteht die Funktionsweise eines Organismus als Ganzes nicht. Er kennt allenfalls einige materielle Spuren und Mechanismen des Lebens. Er weiß aber nicht, was Leben wirklich ist, worin der Unterschied zwischen einem lebenden und einem gerade gestorbenen Leib besteht. So kann der Eingriff des Gentechnikers letztlich nur zerstörerisch wirken, weil er eben nicht sachgerecht ist.

Das ist es aber gerade, was einem modernen Gesundheitswesen zugrunde gelegt werden sollte: eine geistgerechte (also sachgerechte) Erkenntnis des Menschen und seines Organismus und ein daraus entspringender Gesundheitsbegriff:

- Die materiellen Abläufe im physischen Menschenleib kennen wir bis in unerhörte Details hinein.
- Leben aber ist mehr als ein biochemischer Vorgang. Ein Lebenszusammenhang, der auch »Lebensleib« genannt werden kann, ist dem physisch-materiellen Leib übergeordnet, organisiert und belebt ihn. Auch in den Pflanzen wirkt ein solcher Lebensleib.
- Der Lebensleib dient seinerseits als Grundlage für das, was wir die Seele nennen. Die Seele, wir können auch von einem Seelenleib reden, macht den Menschen empfindsam und bewußt gegenüber seiner Umwelt. Auch in den Tieren lebt eine empfindende Seele, die sich über das stumpfe Pflanzendasein erhebt.
- Die Seele ihrerseits ist schließlich der Träger des menschlichen Geistes, welcher dem Menschen die Erkenntnisfähigkeit und das Selbstbewußtsein gibt und ihn so als einziges Geschöpf zur vollen Individualität befähigt.

Mit diesen vier Stufen ist der Umfang des menschlichen Wesens sachgerecht skizziert. Erst das harmonische Zusammenwirken dieser vier »Leiber« ergibt einen gesunden, lebensfähigen Menschen. Ein sachgerechtes Gesundheitswesen muß sich also mit viererlei Fragen befassen, die sich auch der einzelne Mensch stellt:

- Wie ernähre und pflege ich meinen physischen Leib richtig?
- Wie kann ich die rhythmisch wirkenden Lebenskräfte durch einen gesunden Lebenswandel unterstützen und stärken?
- Wie kann ich mein seelisches Gleichgewicht durch aktives seelisches Üben (zum Beispiel künstlerische Tätigkeiten) harmonisieren?
- Wie kann ich durch meinen Geist den Willen so schulen, daß ich zum wirklichen Meister über mich selbst werde?

Das würde heißen, daß neben dem Körper auch Seele und Geist des Menschen ernst genommen werden. Ein Menschheitsanliegen, das als innerstes Anliegen jener Gedankenrichtung gelten kann, die sich Anthroposophie nennt, übersetzbar mit »Weisheit vom Menschen«.

Eine geistig-göttliche Kraft durchwirkt als Weltintelligenz das All. Und da der Mensch ein Teil dieses Alls ist, ist diese Kraft auch in ihm wirksam, die ihn mit dem All so innig verbindet. Dadurch ist der Mensch zum Mitgestalter der göttlichen Evolution erhoben, zum Mitgestalter, unserer Mutter Erde, zum Gestalter all seiner zwischenmenschlichen Bereiche im Sinne dieses göttlichen Waltens und zum Gestalter seiner eigenen Höherentwicklung. Durch Erkenntnis und Verehrung dieser das gesamte All durchdringenden Gottheit vermag der Mensch den göttlichen Funken in sich zu entfachen, seiner höheren Bestimmung zu folgen und seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Dr. A.F. Ventker (WSL-D)
„Die Goden"

Aus dem Inhalt **Seite**

Unrecht Gut gedeihet nicht!

Die Olympiade 1992 wird in die Weltgeschichte eingehen als Anfang vom Ende. Dies Ende kann in zweierlei Form erscheinen und also zweierlei Neubeginn ermöglichen: einmal das Ende souveräner Volksindividualitäten und damit der tatsächliche Beginn – die Machtübernahme – der „EINE-WELT-HERRSCHAFT", oder das Ende des „Jahrhunderts der Lüge" und der Beginn des großen Aufräumens mit allen menschen- und erdenzerstörenden Wahnvorstellungen.

Denn selbst für einfältige Menschen ist der Widerspruch **offenkundig** zwischen den Spielen um „Gold und Silber", umgeben von Überfluß und „Fürstenglanz" und dem gleichzeitig stattfindenden Völkermorden in Kroatien und Bosnien/Herzogowina mit all seinem Elend und der Vertreibung von Hunderttausenden und das angesichts von hilflosen UNO-Beobachtern. Oder sind sie gar nicht so hilflos, sondern eher hilfreich für die Angreifer, die Serben?

„Man müßte ein Kuwaiti sein, dann würde uns geholfen", so sagte eine geschundene und vor den Trümmern ihres Hauses stehende Kroatin. Das heißt nichts anderes als: lägen in diesem Teil der Erde die Interessen der USA an reichen Ölfeldern, dann ... Doch es geht auf dem Balkan „nur" um Menschen, um ein altes Unrecht, dem ein neues folgt. Die Vergangenheit holt die Gegenwart ein. Nicht nur hier, sondern ebenso im Irak, in Kurdistan und in anderen von Versailles betroffenen Gebieten.

Angesichts des Flüchtlingselends, angesichts der zerstörten Städte, der verstümmelten oder verwaisten Kinder tauchen vor Millionen Deutscher aus tiefverborgenen Herzensfalten ihre eigenen Schicksale auf. Haben wir das nicht genau so erlebt? Doch es liegt lange zurück, und wir wollten eigentlich nicht mehr daran erinnert werden. Es war Vergangenheit und – so glaubten wir – konnte sich nie wiederholen, denn hatten die Völker sich nicht in der UNO und in der Helsinki-Akte das feierleiche Versprechen gegeben, daß dergleichen nicht mehr geduldet würde, daß z.B. Vertreibung aus der Heimat ein nicht hinzunehmendes Verbrechen sei, wie auch jede Kriegsvorbereitung. Und nun, am Ende des zweiten Jahrtausends, nahezu 50 Jahre nach Kriegsende das gleiche Spiel: Zerstörung der Städte und Dörfer, Foltern und Verstümmeln von Zivilisten, Verschleppung und Vertreibung und das alles unter „UNO-Beobachtung"!!

In einer Ansprache zum 8. Mai 1985 sagte Bundespräsident v. Weizsäcker: **„Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart."** Dieser Satz wurde sogar als Überschrift in der Ausgabe DAS PARLAMENT vom 11.5.1985 hervorgehoben. **Doch die Mehrzahl der 'Volksvertreter', einschließlich des Bundespräsidenten, des deutschen Volkes waren und sind nicht bereit, die Vergangenheit und zwar zumindest seit Beginn dieses Jahrhunderts voll anzusehen.** Nicht nur den von den Siegermächten dargestellten Ausschnitt, sondern ebenso die tatsächlich erlebte und erlittene Vergangenheit der eigenen Volksgenossen, also die ganze Vergangenheit zur Kenntnis zu nehmen.

Mit ihnen verschließen ganz allgemein die Politiker der Welt ihre Augen vor der Wahrheit. Nur so konnten sie in den letzten beiden Jahren Verträge abschließen oder dulden, die eine einerseits als Unrecht erkannte Vertreibung (also doch auch die Vertreibung von Deutschen?) nun im Falle der Ostdeutschen und Sudetendeutschen zu Recht erklärten. **Es gibt aber immer nur das ganze Recht und niemals ein halbes.**

So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn diese Politiker blind vor dem Unrecht der Gegenwart stehen. Sie „beobachten" rat- und tatenlos den Balkankrieg und die unter ihresgleichen stattfindende Vertreibung. Sie vermitteln Waffenstillstände, um die sich keiner kümmert, konferieren, drohen, die eingeschlossene hungernde Bevölkerung von Sarajewo nicht mehr mit Lebensmitteln zu versorgen, wenn nicht das Schießen aufhört und die Waffen abgegeben würden, was geradezu lächerlich ist, denn damit erfüllen sie ja nur die serbischen Wünsche, die doch nichts anderes vorhaben, als die Stadt auszuhungern und die bosnischen Einwohner zu vertreiben. Und prompt wurde die Pseudoandrohung der UNO-Truppen mit der schlimmsten Kanonade beantwortet.

Die Welt aber ergötzt sich an den prächtigen olympischen Spielen. **Eine feine Völkergemeinschaft in der UNO, für die die arbeitende friedliebende Weltbevölkerung Milliarden zu zahlen hat, damit die Europa- und Weltabgeordneten weiter in Palästen Bürokratie spielen können und so tun, als arbeiteten sie schwer im Interesse der Menschheit.** Schon für 1982/83 waren für die UNO allein 4,142 Mrd. DM vorgesehen, wovon die Bundesrepublik 8,3 und die DDR 1,3% zu zahlen hatten. Der Gesamtbetrag ist sicher nicht kleiner geworden und die beiden nun vereinigten deutschen Länder müßten nach damaligem Stand ca. 10% der Ausgaben zu zahlen haben. Da könnte man zu dem falschen Schluß kommen, die Deutschen machten 10% der Weltbevölkerung aus.!! Für die EG zahlten die Deutschen 1990 21,96 Milliarden DM!

Nach den Geschehnissen von 1991 und 1992 muß der denkende Bürger feststellen, daß sein mühsam erarbeitetes Geld vergeudet wird, schlimmer noch, daß er offensichtlich ein gefährliches Ungeheuer mästet, welches sich zwar auf dem Papier wohlwollend gibt, Menschenwürde und Freiheit, Demokratie und recht verheißend, aber hinter diesem blumigen Morgengewand mit Waffen klirrt und Feuer speit.

Wer die freie Individualität, den unabhängigen Volksstaat und die Vielfalt der menschlichen Seinswesen wahren will, der muß endlich aufwachen und sich wie Michael zum Drachenkampf rüsten.

Ursula Haverbeck-Wetzel

Wenn die Freiheit eines jeden in der Freiheit anderer nicht mehr eine Schranke, sondern eine Hilfe findet, dann ist der freieste Mensch derjenige, der die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.

P.J. Proudhon

Aus einer Zuschrift:

„... Was ist in diesem Juni 1992 in Bonn geschehen? – Ein Parlament, das das Volk vertreten sollte, das seit mehr als 1.000 Jahren d i e Hüterin der abendländischen Kultur ist, stimmte darüber ab, ob künftig der Mord an einem bestimmten Kreis menschlichen Lebens gestattet sein soll oder nicht, und: **die Mehrheit dieser Abgeordneten stimmte für diesen damit programmierten Massenmord!"**

Dr. Dieter Korell 'Deutsche Gegenwart' Nr. 28

Die Frage, die mit dieser Aussage und der geschilderten Tatsache aufkommt, ist doch die: „Wie soll man die Abgeordneten im Bonner Wasserwerk bezeichnen, die zum größten Teil vorgeben, 'Politik aus christlicher Verantwortung' zu betreiben?

Die Frage, die sich unmittelbar anschließt, ist die nach dem Wesen des Menschen. **Was ist der Mensch?** Wozu kommt er auf die Erde? Wann beginnt sein Leben? – **Beginnt sein Leben nicht bereits etwa mit der Empfängnis?** Was wird aus Millionen abgetriebener – nun auch menschlicher Seelen? Und hier erhebt sich die weitere Frage: Wo bleibt der Protest, – ein die Welt aufhorchen lassender Protest – derjenigen, die vom Wesen des Menschen, vom Anthropos, mehr wissen, als viele unserer Zeitgenossen? Einige wenige sind es, die nicht schweigen, die sich nicht den Mund verschließen lassen! Aber soll es so bleiben?

Zurück nach Bonn: Einerseits beklagen diese Politiker, daß die Bundesrepublik Deutschland ergraut und vergreist und holt, bei über 3 Millionen eigener deutscher Arbeitsloser, Millionen von Ausländern aus aller Welt ins eigene enge Land – angeblich zur Sicherung unserer Renten – und ließ und läßt es andererseits aber zu, daß bisher weit über 6 Millionen gesunder kleiner Deutscher abgetrieben wurden und weitere Millionen abgetrieben werden sollen.

Gab es nicht bald nach dem letzten Kriege, der Deutschland bereits am 23. März 1933 erklärt worden war, einen Film mit dem Titel **„Die Mörder sind unter uns!"?**

EOC

Siehe auch die Beilage unserer diesmaligen Ausgabe „Ich möchte leben! Helft mir!"

„Kleine Anfrage" an den Bundestag zum § 218

Entsprechend altem parlamentarischen Brauch ist sie nach den Beschlüssen des gegenwärtigen Bundestages zum **„Thema § 218"** fällig. Denn entgegen dem angestrebten Gleichgewicht der Geschlechter untereinander ist die Gewissensfreiheit des Mannes in der nun vorliegenden Gesetzgebung zu kurz gekommen.

Es ist anerkannt worden, daß der Frau das Recht zusteht, entsprechend einem vor ihrem Gewissen in freier Entscheidung getroffenen Entschluß, einen Menschen zu töten, dessen Leben ihr durch die Empfängnis anvertraut ist. Sie wird abwägen, ob ihre Entwicklung in Beruf und Leben durch das auszutragende Menschenkind beeinträchtigt wird, ggf. kann sie bis zu einer bestimmten Frist das in ihrem Leib heranwachsende Kind töten.

Auch Männer können Bedrängnisse erleben, die sie in ihrer freien Entwicklung, Berufsentfaltung oder Karriere wesentlich stören. Steht nun auch ihnen das Recht zu, in eigener Gewissensentscheidung sich des Lebenspartners zu entledigen, wenn er nicht weichen will, durch eine „Scheidung auf Italienisch", also entsprechend dem makaberen Wort: „Die Axt im Haus ersetzt die Ehescheidung"?

Mit Recht schüttelt jeder Leser – vor allem Leserin – empört den Kopf. **Wo aber liegt denn nun der Unterschied zwischen der Tötung eines Erwachsenen und der eines hilflos ausgelieferten und an der Entscheidung keineswegs beteiligten Kindeswesens?** Nur ein materialistisches Denken – auch sogenannter „Christdemokraten"! – konnte es fertig bringen, einen unterhalb einer willkürlich bestimmten Altersgrenze befindlichen Menschen zum **Un-Menschen** zu erklären.

Man sieht, so einfach, wie sich 'Volksbeauftragte' die Beurteilung machen, liegen die Dinge nicht. Und warum wird die Ahndung von Mord und Totschlag nicht zugleich aufgehoben, weil auch solches Tun wohl in die freie Gewissensentscheidung zu stellen wäre. Man darf doch darauf vertrauen, daß diese auch in solchem Falle nur auf sorgfältiger Selbstprüfung beruht?

Und schließlich: warum können ausgetragene Menschen nicht zur Adoptierung übergeben und dabei soziale Hilfe geleistet werden? Oder warum lassen sich jene, die das Kind scheuen, nicht sterilisieren? Dieser ärztliche Eingriff bedarf keiner Beratung!

W.G.H.

„Die Masse, die Majorität ist notwendig immer absurd und verkehrt, denn sie ist bequem und das Falsche ist stets viel bequemer als die Wahrheit, die ernst erforscht und rücksichtslos angewendet werden will.

Schließlich ist nichts widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkomodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren und aus der Masse, die nachtrollt, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will."

Goethe

Sechs Millionen Krankenhauspatienten zu viel

Statistische Daten beweisen Zusammenhang mit zu starker Ausbreitung des Funkverkehrs

Immer mehr Bürgerinitiativen blockieren den weiteren Ausbau des D-Mobilfunknetzes. Telekom ist in Beweisnot hinsichtlich möglicher Spätschäden durch Langzeiteinwirkung von Mikrowellen. Laut amtlicher Mitteilung des Bonner Umweltministeriums vom 21. August 1989 „sind Langzeituntersuchungen über Schadwirkungen durch elektromagnetische Wellen bislang nicht bekannt. Eine Klärung des Sachverhalts ist nur längerfristig möglich." Das kann für Telekom einen mehrjährigen Baustop bei Funkanlagen bedeuten. Das D-Mobilfunknetz liegt mit seinen Frequenzen nahe am GHz-Bereich von Richtfunk und Radar. Solche Anlagen gibt es seit dem II. Weltkrieg. Der Boom beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit begann etwa 1960. Wenn das D-Mobilfunknetz künftig zu gesundheitlichen Schäden führen sollte, wie es Teile der Bevölkerung befürchten, dann muß es bereits jetzt Schäden durch die z.T. bis zu mehrere Jahrzehnte bei uns in Betrieb befindlichen Richtfunk- und Radaranlagen geben. Lassen sich solche nicht feststellen, dann geht auch vom künftigen Mobilfunk mit seiner relativ geringen Strahlungsdichte keine Gefahr aus.

In den USA brachte man Fälle von Leukämie bei Kindern in Zusammenhang mit den elektromagnetischen Feldern von Hochspannungsleitungen (Savitz-Studie). Sie arbeiten mit 50 bzw. 60 Hz. Mikrowellen vom Richt- oder Mobilfunk oder Radar arbeiten im Bereich von 10^9 Hz, also bei 20-millionenfacher Frequenz. Solche Wellen können nicht beliebig tief ins Körpergewebe eindringen. In der Medizin wird die Wärmewirkung von Mikrowellen benutzt. Dabei handelt es sich um eine auf Minuten begrenzte Einwirkung. Langzeitfolgen lassen sich hieraus nicht ableiten.

Die Wellenlängen bei funktechnischen Mikrowellenanwendungen liegen in der Größenordnung zwischen ein bis fünfzig Zentimeter. Ein Stab mit einem Viertel der Wellenlänge wirkt als Antenne. So ist die Stabantenne eines Autos mit etwa 75 cm Länge dem Empfang von 3-Meterwellen des UKW-Funks angepaßt. Durch Resonanz erhöht sich in einer angepaßten Antenne die aus vorbeistreichenden Wellen absorbierte Energie ganz beträchtlich. Das Bundesamt für Strahlenschutz stellte fest, daß Nadeln und Blattrippen von Bäumen für Mikrowellen Antennen mit bis zu dreifacher Resonanzüberhöhung sind. Auch die Nervenfasern von Lebewesen haben resonanzfähige Längen. In der Antenne selbt erfolgt eine Wandlung von Feld- in Leiterenergie, d.h., es werden Elektronen in Bewegung gesetzt. Durch die unterschiedliche Leitfähigkeit von Zellmembranen erfolgt eine Art Gleichrichtung von Hochfrequenzenergie. Im Lautsprecher eines Rundfunkempfängers bleiben nur die vom Ohr wahrnehmbaren Frequenzen von meist unter 10 kHz übrig. Ähnlich ist es in Lebewesen, so daß nicht nur mit Wirkungen der von einer Antenne z.B. in Form einer Nervenfaser eingefangenen Hochfrequenzenergie, sondern auch mit dem, was nach Gleichrichtung und Demodulation an niederen Frequenzen und Impulsen übrig bleibt, gerechnet werden muß. Dieser Effekt ist seit mehreren Jahrzehnten den Wissenschaftlern bekannt. Der Vorgang spielt sich **nicht im akustischen Bereich der Hörnerven, sondern im Inneren des Gehirns** ab und scheint einige Bedeutung für die wachsende Zahl von Menschen zu haben, die an **ständigem Ohrenrauschen (Tinnitus)** leiden.

Das Walter Reed Army Institute (USA) erklärte, man sei bei seit 1986 laufenden Forschnungen auf dem Mikrowellengebiet zwischen 1 bis 15 GHz zu der Erkenntnis gekommen, daß sich **Mikrowellenimpulse vornehmlich mit dem Zentralnervensystem koppeln,** und dabei Reize hervorrufen, die mit nichtthermischer Reizwirkung vergleichbar sind. Wir kennen in der Medizin die Reizstrombehandlung. Auch die Akupunktur dürfte dieser Kategorie zuzurechnen sein. Mehr oder weniger versucht man durch eine solche Behandlung für Menschen unerträglich gewordene Schmerzen zu lindern. Bei durch Funksender erzeugten Reizströmen im Körper ist zu vermuten, daß hierdurch im Gegenteil neuartige Schmerzempfindungen erzeugt werden, die der Arzt in Unkenntnis der Zusammenhänge dann als „Rheuma" bezeichnet.

Im Gegensatz zu chemischen Giften, die z.B. auf die Atmungs- und Verdauungsorgane wirken, ist bei Mikrowelleneinwirkung vornehmlich mit Schadwirkungen auf das Nervensystem, nicht erklärbare, angeblich rheumatische Schmerzzustände, Schäden bei den Sinnesorganen und schließlich psychiatrischen und Kreislaufstörungen zu rechnen. **Nachdem die moderne Medizin Zusammenhänge zwischen Immunschwäche oder Krebs mit einer geschwächten Psyche oder Nervenschäden nicht mehr ausschließt, sind auch solche Schadwirkungen durch Mikrowellen wahrscheinlich.**

Dr.-Ing. Wolfgang Volkrodt,
8740 Neustadt

Während die sogenannten Staatshüter den Bürger mit dem Gesetz „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht" radikal zur Rechenschaft ziehen, sind sie persönlich für ihre Handlungen, Äußerungen und Fehler niemals haftbar (Immunität) und ziehen sich ungeschoren durch gut bezahlten Rücktritt aus der Affäre.

Dr. Jos. Oberbach in 'Das Aufspüren der Strahlungsgefahren für den Menschen'
Bioplasma-Forschung.

Gestörte Hirnfunktion – ein alarmierendes Zukunftsproblem

Es ist bereits nachgewiesen, daß die immer noch weiter zunehmende elektromagnetische Umweltverseuchung hierfür die unwiderlegbare Ursache ist!

Ob die Kranken selber mit dem Fortschreiten ihres Leidens noch so leiden wie zu Beginn? **Wir können das nur schwer ermessen, denn die gestörte Kommunikation ist eines unter den schlimmen Symptomen der fortgeschrittenen Hirnfunktionsstörung.** Gerade diese Kommunikationsstörung trägt zur Isolierung der Kranken bei, die offensichtlich von bösen Ängsten und massiver Unruhe begleitet ist. Freundlich – geduldiger Umgang mit den Kranken, ernsthaftes Eingehen auf ihre wirr erscheinenden Gedankenfetzen beruhigt sie offensichtlich – und läßt mitunter tiefe Dankbarkeit erspüren. Dazu sind sie auf sorgfältige, auch körperliche Pflege angewiesen.

Immerhin können wir alle nicht sicher sein, von diesem Schicksal am Ende unserer Tage verschont zu bleiben. Störungen der Hirnfunktion betreffen den Menschen am Kern seines Wesens. Keiner will das gerne wahrhaben. Deshalb wird das Problem der gestörten Hirnfunktion: der Demenz (demens heißt: ohne Geist sein), von der Gesellschaft verdrängt und tabuisiert. Jedes Tabu, jede Verdrängung vergrößert aber noch das Problem, das die Menschen nicht wahrnehmen wollen. Auch mein persönliches Vertrauen in die grundlegende Gutheit des Seins ist durch die Möglichkeit künftiger Demenz beeinträchtigt, doch meine ich, naturorientierte Prophylaxemöglichkeiten zu sehen.

Wir müssen nüchtern feststellen: Die moderne Medizin ist gegenüber Störungen der Hirnfunktion, insbesondere bei schon fortgeschrittener Demenz im Grunde hilflos. Allenfalls in Frühstadien können Medikamente eine gewisse Syptombesserung erwirken. Schon deshalb ist eine frühzeitige Erkennung von noch diskreten Funktionsstörungen anzustreben.

Selbst über die Ursachen der Hirnfunktionsstörungen ist bisher keine sichere Aussage möglich. Von medizinischen Laien werden gewöhnlich Durchblutungsstörungen („Verkalkung") des Gehirns als Auslöser angenommen. Tatsächlich ist die Arteriosklerose der Hirngefäße sicherlich ein Faktor unter vielen anderen – und schon ein wichtiger Ansatzpunkt für die Prophylaxe. **Über die anderen Auslösefaktoren wird noch kontrovers diskutiert, insbesondere über die Ursachen der besonders schlimmen, prototypischen Alzheimer-Demenz.** Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht der **Untergang von Nervenzellen** sowie die Schädigung (Verklumpung) von Nervenendigungen. Charakteristisch ist die schon im Jahr 1906 von Alois Alzheimer beschriebene Ablagerung unlöslichen Eiweisses, der sogenannten Amyloidfibrillen im Gehirn des Erkrankten. **Bis heute wird noch wissenschaftlich diskutiert, ob diese Eiweißablagerungen bloß Folge einer anderweitigen Nervenzellschädigung oder aber wichtigew Ursache der Erkrankung seien.** Als andere mögliche Ursachen kämen Aluminiumbelastungen des Gehirns (Getränke, Medikamente, belastete Wässer), Überladungen mit Zivilisationsprodukten, Stoffwechselstörungen, Autoimmunprozesse sowie Mangel an Überträgerstoffen (Acetylcholin bzw. Monoamine) in Frage, auch durch Zivilisationsprozesse möglich. Als entlegenere Möglichkeit wurden auch Slow-Virus-Infektionen (vergleichbar dem **Rinderwahnsinn oder der Crentzfeld-Jakob-Krankheit** von Schafen) in Betracht gezogen. **Gegen diese letzte Hypothese spricht die offensichtlich fehlende Ansteckungsfähigkeit der Demenz, zumindest bei Nicht-Kannibalen.** Auch Schlachtprodukte von Tieren werden in dieser Beziehung **bisher** als relativ sicher angesehen.

Die **Entstehung der meisten Hirnfuktionsstörungen** ist – unabhängig von bzw. zusätzlich zu selteneren Einzelfaktoren – **als Versagen körpereigener Reparaturprozesse** zu deuten. **Damit ist die schleichend entstehende Hirnfunktionsstörung prinzipiell vergleichbar dem Auftreten von arteriosklerotischen Herz-Kreislauferkrankungen oder von Krebs. Damit liegt wieder ein wesentlicher Teil der Krankheitsentstehung, wenn auch begünstigt von Umweltfaktoren, im Individuum selbst.** Was bei der Arteriosklerose die Cholesterinablagerung, ist bei der Nervenschädigung die Amyloidablagerung, hier von (tierischem) Eiweiß. Aus dieser **Hypothese gestörter Reparaturprozesse, analog der Arteriosklerose,** also einem Mißverhältnis zwischen Zufuhr/Bildung/Ablagerung auf der einen Seite und der Mobilisierung und Ausscheidung auf der anderen Seite, erscheint ein wertvoller Heilungsansatz konkret greifbar: mittels Schutz der Zellmembranen und -strukturen durch Antioxidantien, also Vitamin E, Vitamin C, Beta-Carotin und Selen, sowie Fettsäuren, z.B. aus Nachtkerzenöl.

Die Demenz hat mit der Arteriosklerose und dem Krebs als Haupterkrankungen (und Haupttodesursachen) unserer Zivilisation zwei weitere, auch therapeutisch aufschlußreiche Gemeinsamkeiten: die Begünstigung durch genetische Anlagefaktoren und vor allem die Zunahme mit dem Lebensalter.

Gerade diese Faktoren weisen hin auf die Möglichkeiten körpereigener Reparaturfunktionen. Global ist nämlich bei allen diesen chronischen Erkrankungen durch Vermeidung von Risikofaktoren zwar die Krankheit nicht mit Sicherheit zu verhindern, also schicksalshaft, wohl aber der Zeitraum des Krankheitseintritts weit zu verschieben (um ca. 70% der Varianz), damit über – das Naturgemäße Lebensende aus Lebensschwäche erfolgt.

Damit – nämlich mit naturorientierter Förderung der körpereigenen Reparaturmechanismen (Selbstheilungskräfte) – wäre demnach nicht nur schlimmes individuelles Leid abwendbar, sondern auch eine kaum lösbare, derzeit noch gar nicht erkannte, geschweige denn gelöste, katastrophale Bedrohung unserer Gesellschaft.

Allein mit der Hochrechnung der heutigen Demenzerkrankungen auf den kontinuierlich steigenden Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung ist nämlich eine Katastrophe zu erwarten, die mit den pflegerischen, geschweige denn finanziellen Möglichkeiten absolut unaufhaltsam erschiene. Im Klartext gesagt, würde eine lawinenartig zunehmende Zahl von dementen Alten auf die Versorgung und Pflege von relativ immer weniger jungen Menschen angewiesen sein. **Die alptraumartige Vision gnadenloser Verteilungskämpfe würde danach unabweisbare Realität.**

Dr. med. Klaus Mohr

Information der Initiativen gegen Funktürme und Elektrosmog in Schleswig-Holstein und Hamburg

Zur Situation: Zur Zeit überzieht die **TELEKOM** ganz Deutschland mit einem Netz von **über 3.500 Funktürmen und Antennenträgern,** die im Abstand von 10–20 km eine flächendeckende Versorgung des neu eingeführten D1-Mobilfunknetzes sichern sollen. Auch Wohngebiete werden davon betroffen. Die **Firma Mannesmann** errichtet für ihr privates D2-Netz **über 3.000 Antennenanlagen** eher unauffällig, z.B. auf hohen Gebäuden. Andere Firmen drängen ebenfalls auf den heftig boomenden Mobilfunkmarkt, um am geschätzten Umsatz von vielen hundert Milliarden Mark in den nächsten Jahren teilzuhaben.

Gefahren für Gesundheit und Umwelt: Diesen Wirtschaftsinteressen stehen erhebliche Bedenken gegenüber, da von diesen Sendeanlagen elektromagnetische Mikrowellen ausgestrahlt werden. Während sich das Leben auf der Erde über lange Zeiträume an die natürliche elektromagnetische Strahlung aus dem Weltall und von der Sonne anpassen konnte, nimmt die künstliche elektromagnetische Strahlung in den letzten Jahrzehnten rapide zu und verdoppelt sich alle vier Jahre! Da Menschen, Tiere und Pflanzen elektrische Wesen sind, laufen beim Stoffwechsel Vorgänge in den Zellen in der Grössenordnung von **trilliardstel Wattsekunden** ab. Von außen eindringende künstliche elektromagnetische Strahlung, selbst wenn sie noch so schwach ist, ist immer noch unvergleichlich größer als diese und verändert nachweisbar beim Menschen z.B. im Hochfrequenzbereich des D-Netzes die Hirnströme und **stört die unglaublich feinen elektrischen Steuerungsvorgänge im Organismus.** Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung werden u.a. folgende Krankheiten bzw. Krankheitssymptome mit elektromagnetischer Strahlung in Zusammenhang gebracht: **Kopfschmerzen, Konzentrationsschwäche, Erschöpfungszustände, Allergien und Spätwirkungen wie Erbschäden und Krebs.**

Der bekannte Kieler Toxikologe **Otmar Wassermann** schließt bis zu einem Abstand von 10–20 km von solchen Sendern, d.h. **im ganzen Land** (!) eine zellschädigende Wirkung nicht aus. Wechselwirkungen dieser **Elektrosmog** genannten Umweltverseuchungen mit anderen Umweltschadstoffen sind noch nicht erforscht, obwohl sie beträchtlich sein dürften.

Da die Blätter und Nadeln von Bäumen wie kleine Antennen wirken, liegt der Verdacht nahe, daß auch ein großer Teil der 'neuartigen' Waldschäden auf Elektrosmog zurückzuführen ist.

Das haben unsere WSL-Freunde, Dr. Ing. Wolfgang Volkrodt und Dipl. Ing. Werner Berends, Hamburg, schon seit Jahren in umfangreichen Darlegungen und in ungezählten Vorträgen ausgesprochen!

Konsequenzen: – Immer mehr Bürgerinitiativen fordern daher, daß das grundgesetzlich verbriefte **Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit** Vorrang erhält vor den Wirtschaftsinteressen einiger weniger.

– Die Grenzwerte für die Strahlung sind in Deutschland, wo ohnehin **die weltweit höchste Belastung mit Elektrosmog** besteht, verglichen mit anderen Ländern **tausendfach zu hoch** und müssen herabgesetzt werden.

– Umweltfreundliche und energiesparende Alternativen zu Mobil- und Richtfunk sind durchaus vorhanden und müssen endlich eingesetzt werden.

Rechtliche Situation: Nach ersten Gerichtsbeschlüssen Anfang 1992, die den gesundheitlichen Aspekt gewürdigt haben und die zum Baustopp von Funktürmen geführt haben, deutet sich nach einem Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts vom 4. Juni 1992 an, daß alle Genehmigungsverfahren auch für die schon bestehenden Funktürme neu aufgerollt werden müssen, da es für keinen einzigen eine immissionsschutzrechtliche Prüfung gegeben hat, die dem Betreiber auferlegt, ein Gutachten über die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Anlage zu erbringen.

Walter Ruck,
Robert Schumann Weg 4, 2400 Lübeck (0451-44257)
Helga Hoser,
am Teich 4, 2418 Giesendorf b. Ratzeburg (04541-6920)

Aufruf gegen den Anschlag der französischen Atomlobby mit Atommüll und die weitere Verschlechterung des deutschen Atomgesetzes

Die franzöische Regierung arbeitet derzeit an dem unverfrorensten Endlagerprojekt für verstrahltes Material aus atomaren Anlagen: nämlich dem Endlagerprojekt „Gebrauchsgegenstände". Danach sollen die verstrahlten Metallbauteile von verschrotteten Atomanlagen in verdünntem Zustand in Autokarosserien, Haushaltsgegenständen und anderen Gebrauchsartikeln untergebracht werden, um sich ein teures, ursprünglich ja gar nicht finanziell ernstlich eingeplantes Endlager für schrottreife Atommeiler zu ersparen!

Gleichzeitig aber plant auch die deutsche Regierung durch eine Änderung ihrer Atomgesetzgebung einen erneuten Atomausbau zu erleichtern. Diese Gesetzesänderung zielt auf eine weitgehende Ausschaltung des bisher möglichen Einspruchs der betroffenen Bürger ab, die Sicherheitsgarantien würden zurückgedrängt werden, das Atommüllproblem durch Privatisierung abgeschoben, da vom Staat verantwortlich nicht lösbar usf.

Da beide geplanten Anschläge auch uns in jeder Hinsicht mit betreffen – umso mehr, wenn wir im Rahmen der EG einer gesamteuropäischen Gesetzgebung unterstellt werden – so haben wir nun jetzt noch die Möglichkeit mitzuhelfen, diesen Anschlag zu verhindern. Eine über die Grenzen der Länder hinwegreifende gemeinsame Aktion hat eingesetzt, diese Zumutung abzuwehren.

WSL-Österreich

Der Staat als Verbrecher

Es ist nicht das erste Mal, daß der Staat gegen das Gemeinwohl handelt. Darauf hat schon der ehemalige österreichische Bundespräsident Dr. Karl Renner hingewiesen:
„Der Staat kann also auch Verbrecher sein und Gesetze, die der Staat uns als seinen Untertanen als Recht aufzwingt, können vor dem Forum der Internationale, vor dem allgemeinen menschlichen Bewußtsein als verbrecherische Gesetze erkannt werden."

Bundespräsident Karl Renner „Für Recht und Frieden", Österr. Staatsdruckerei, Wien, 1950, Seite 151

Atomlobby plant Anschlag auf unsere Grundrechte

„Beschleunigungs-Gesetz" zur Genehmigung von Atom-Anlagen geplant

Man sollte meinen, daß Tschernobyl und all die anderen kleineren und größeren Unfälle (nachzulesen in Holger Strohms „Friedlich in die Katastrophe") genügt hätten, um auch den hohlsten Köpfen der Atom-Lobby zu signalisieren, daß die Zeit zum Ausstieg da ist. Das Gegenteil ist der Fall. **Die eigentlichen Systemveränderer** unserer Demokratie, nämlich **die Betreiber von Kernkraftwerken, planen ein neues Attentat auf unsere Grundordnung:** Eine neue Gesetzesnovelle, mit der Genehmigungsverfahren dadurch erleichtert werden, daß bisherige gesetzlich verankerte Kontrollmechanismen ersatzlos gestrichen und in der die Schadensersatzleistungen auf ein Minimum beschränkt werden.

An dem Gesetzgebungsvorhaben wird schwerwiegende Kritik geübt. Die Novellierung des Atomgesetzes dient der Absicherung der Atomwirtschaft gegen Bestrebungen von Bürgern, ihre Grundrechte, insbesondere auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit sowie Eigentum geltend zu machen, indem sie gegen die Neugenehmigung von Atomanlagen – in jüngster Zeit immer erfolgreicher – geklagt haben oder die Stillegung von kerntechnischen Anlagen gerichtlich durchsetzen wollen. So soll der (drittschützende) Bereich, der nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Schadensvorsorge als Genehmigungsvoraussetzung für atomrechtliche Erlaubnisse zurückgedrängt werden.

Dadurch sollen die Kläger gegen Atomanlagen klaglos gestellt werden; die Überprüfbarkeit von atomrechtlichen Genehmigungen wird weiter eingeschränkt, die Genehmigungsbehörden können – noch mehr als bisher – unkontrolliert rechtswidrige Genehmigungen erteilen. Im Ergebnis werden die Grundrechte der Bürger und auch die Rechte der zukünftigen Generationen zugunsten der Atomwirtschaft ausgehöhlt.

Im einzelnen ergibt sich die Tendenz des Gesetzes aus folgenden Änderungsvorschlägen:

1. Bisher war Genehmigungsvoraussetzung für atomrechtliche Errichtungs- und Betriebserlaubnisse, daß die nach dem „Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Schadensvorsorge" getroffen war. Die Atomgesetznovelle will die Schadensvorsorge in einen ausdrücklichen (drittschützenden) Bereich der Gefahrenabwehr einerseits und in einen (nicht drittschützenden) Bereich der Risikovorsorge aufteilen. Da die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auch Teilbereiche der Risikovorsorge als nachbarschützend angesehen hat, soll durch den Gesetzgeber dieser Tendenz entgegengewirkt werden und einseitig die Unternehmensrechte in den Vordergrund gestellt werden.

2. Die Rechtsprechung der Obergerichte hat in jüngster Zeit mehrfach Klagen wegen der **Unzuverlässigkeit der Betreiber von Atomanlagen** zugelassen. Der Grund ist darin zusehen, daß atomrechtliche Genehmigungen durchwegs personenbezogen sind. Nach den Gesetzgebungsvorschlägen soll eine rein anlagenbezogene Genehmigung („Realkonzession") eingeführt werden. Offensichtlich befürchtet man, daß bei den Verwaltungs- und Gerichtsverfahren Diskussionen über die Zuverlässigkeit der Betreiber größeren Raum als bisher einnehmen und die in der jüngsten Vergangenheit mehrfach bekannt gewordenen, strafrechtlich relevanten Verfehlungen von verantwortlichen Mitarbeitern größere Bedeutung erlangen könnten.

3. Statt des bisherigen Versagungsermessens der Genehmigungsbehörden bei der Genehmigung von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und bei Anlagen der Brennelementeherstellung etc. soll der Atomwirtschaft ein Anspruch auf Genehmigung eingeräumt werden. Mit dem **fadenscheinigen Argument der Harmonisierung mit dem EG-Recht** bzw. dem sonstigen Umweltrecht wird der Energiewirtschaft ein Anspruch auf Umweltbelastung bis zur Verseuchung unserer Umwelt eingeräumt, der ganz offensichtlich zu Lasten der Bevölkerung geht. Dieses Vorhaben stellt einen dramatischen Rückschritt gegenüber der bisherigen Rechtslage dar; dies gilt umso mehr als in anderen Umweltbereichen, wie z.B. im Wasserrecht, Nutzungsansprüche – verfassungsrechtlich abgesichert – am Umweltmedium Wasser ausgeschlossen sind.

4. Waren bisher mehrere Genehmigungsbehörden (zum Atomrecht, Baurecht, Wasserrecht etc.) zuständig, um die unterschiedlichen Genehmigungen für Atomanlagen zu erteilen, soll jetzt durch eine (materiell-rechtliche) Konzentration in einem einheitlichen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren die Entscheidungskompetenz bei den Landesumweltministerien gebündelt werden. Hierdurch verspricht man sich zum einen einen erheblichen Beschleunigungseffekt, zum anderen sollen damit aber alle tangierten Rechtsbereiche und Genehmigungsverfahren dem direkten Weisungsrecht des Umweltministeriums unterworfen werden, damit – entgegen dem förderalen Prinzip – dem Zugriff des Bundes ausgeliefert. **Die „atomkritischen" Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen u.a. sollen an die Kandare genommen werden,** um neuen Atomanlagen den Weg zu bereiten und derzeit bestehende Hindernisse für Projekte der Atomwirtschaft in den alten und neuen Bundesländern zu beseitigen. Die Gesetzesnovelle beschert uns insoweit ein „Atomenergie-Beschleunigungsgesetz".

5. Unerträglich ist, daß die Verpflichtung der Atomwirtschaft zur Deckungsvorsorge für den Schadensfall weiterhin beschränkt bleiben soll. Wenn Vertreter der Versicherungswirtschaft davon ausgehen, daß die privaten Versicherungen aus eigener Kraft nur ca. 1 Mrd. DM aufbringen könnten, bedeutet dies, daß bei Schäden nach einem Unfall in einem Kernkraftwerk **(angenommene Schadenssumme 100 bis 1.000 Mrd. DM)** Schäden der Bürger max. im Verhältnis 1/100 bis 1/1.000 abgedeckt sind. Dies wiederum heißt, daß der einzelne je angenommenen 100,00 DM Schaden nur 10 Pfennig bis max. 1,00 DM von der Atomwirtschaft ersetzt bekommt. In Anbetracht des extremen Schadensausmaßes wäre auch der Staat überfordert, die Schäden abzudecken. Die Weigerung der Versicherungswirtschaft, mögliche – aber nach internationalen Forschungsergebnissen keineswegs hypothetische – Großschäden durch Atomanlagen abzudecken, ist **ein untrügliches Zeichen für ein unkalkulierbares, untragbares, nicht sozialadäquates Risiko** und ein Signal für den Atomenergieausstieg.

6. Mit der angestrebten Privatisierung der Endlagerung radioaktiver Abfälle wird **von seiten der Regierung** der Versuch unternommen, sich in einer sehr unpopulären Pflicht **aus der Verantwortung zu stehlen.** Zugleich sollen mit dieser Änderung des Atomgesetzes die Kosten

gesenkt werden. Mit einer Privatisierung werden Langzeitrisiken unzulässig in Kauf genommen. Es wird bei Verwirklichung des Gesetzgebungsvorhabens noch erheblich schwieriger werden, erforderliche höhere Standards und ordnungsgemäße Kontrollen bei der Endlagerung durchzusetzen. Die Ursachen des eigentlichen Übels werden nicht nur nicht beseitigt, die Folgen werden für uns und unsere Nachkommen zu allem Überfluß noch verschärft. Durch die Einführung des europäischen Binnenmarktes und der damit verbundenen Öffnung der Grenzen wird der Handel mit radioaktiven Abfällen erleichtert. Die Möglichkeiten, das Gesamtsystem zu kontrollieren, werden weiter verringert.

In Anbetracht der Tatsache,

- daß das Risiko durch schwere Atomkraftwerksunfälle nach neueren Erkenntnissen etwa hundert mal größer ist als bisher angenommen wurde und die extremen Folgen von Atomreaktorunfällen und Beinahekatastrophen für jedermann erlebbar wurden,
- daß die Profilierungsgefahr und weitere mit der Plutoniumwirtschaft zusammenhängende Risiken – auch am Beispiel des Irak und dem Golfkrieg erkennbar – in unser heutiges Leben eingreifen,
- daß die Terror- und Sabotagegefahr sowie die noch völlig ungelöste Entsorgungsfrage über das Sicherheitsrisiko hinaus in Zukunft weitreichende soziale und rechtsstaatliche Hypotheken mit sich bringen,

also alles Gesichtspunkte, welche die biologische und gesamtwirtschaftliche Gefährdung jetziger und künftiger Generationen und Unbeteiligter signalisieren und die verfassungsrechtliche Grundlage der Atomenergienutzung drastisch in Frage stellen, dienen die vorgesehenen Regelungen nicht allein dazu, die wirtschaftlichen Interessen der Atomwirtschaft noch mehr als bisher vor die Lebensinteressen der Bevölkerung zu stellen, die Novelle ist insgesamt als eine Attacke gegenüber Grundrechtsordnung und Rechtsstaat anzusehen.

Der BUND hat auf öko-wissenschaftlicher und ethischer Basis die Unverantwortlichkeit der Atomenergie erkannt und daher wiederholt den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschlossen und gefordert. Der BUND wendet sich mit allem Nachdruck gegen die genannten Novellierungsvorschläge, mit denen der Ausstieg aus der Kernenergie auf alle Zeiten verhindert werden soll.

Dr. Wolfgang Baumann, Würzburg

„Es hängt von uns allen ab, von jedem einzelnen Staatsbürger in allen Ländern der Erde, daß dem herrschenden Unsinn ein Ende gesetzt wird. Heute sind es nicht mehr die Cholera- und Pestbazillen, die uns bedrohen, sondern das traditionelle zynische Denken der Politiker, die Stumpfheit der Massen und das Ausweichen der Physiker und anderer Wissenschafler vor der Verantwortung."

Prof. Dr. Max Born
in „Die Hoffnung auf Einsicht aller Menschen in die Größe der atomaren Gefährdung"
„Physik im Wandel meiner Zeit", S. 277, Vieweg 1966

WOLFGANG KNIGGE
Mitglied des
WSL-Präsidium

2800 Bremen 33, den 23.7.92

An den Bundesminister
für Umweltschutz und
Reaktorsicherheit
Herrn Prof. Töpfer
Postfach
5300 Bonn 1

Betr. beiliegendes Interview mit Minister Jablokow aus dem WESER-KURIER v. 23.7.92

Sehr geehrter Herr Minister Töpfer!

Zu Ihrer Kenntnisnahme anbei das Interview, dem kaun etwas hinzuzufügen ist als die Tatsache, daß Ihr russischer Kollege hierdurch die Fachmeinung unseres kritischen Sachverstandes, die Ihnen seit Jahren vorliegen, bestätigt, – die aber bisher merkwürdigerweise weder in Ihrem Hause noch im Wirtschaftsministerium Gehör fanden.

Der interessierte Bürger weiß inzwischen warum: **Noch immer bestehen die alten Seilschaften zwischen Atomlobby und der Ministerialbürokratie, deren Repräsentanten schon vor vielen Jahren mit Atompromotorenstatements die Öffentlichkeit traktierten.**

Die stets wechselnde Ministergarnitur paßt sich dem an und wird interessanterweise nach Aufgabe des Amtes schnell zum Atomgegner wie Matthöfer, v. Bülow, Hauff in Serie beweisen.

Sollte Ihnen das vorliegende Interview schon bekannt sein, werden Sie sicher dessen Prüfung unternommen haben ob die dort gemachten Daten und Fakten realistisch sind oder nicht. Ich bitte um Ihre Stellungnahme dazu insbesondere dahingehend, warum Ihr Haus diese Alternative bisher nicht ins Auge gefaßt hat.?

Ein Reaktorschutzminister findet – sollten die Angaben stimmen, – keine Ausrede mehr, ebenfalls nicht der Wirtschaftsminister, beide sind zum haushälterischen Umgang mit Steuergeldern verpflichtet, beide für die Sicherheit und das Gemeinwohl der Bürger zuständig, sowie gehalten die außenpolitischen Hilfsmaßnahmen mit den GUS-Ländern zum eigenen, wie zum Vorteil der östlichen Länder durchzusetzen.

Nicht die Gesichtspunkte bundesdeutscher Atomwirtschaft, vor allem der Fa. Siemens sind maßgebend.

Mit der Umrüstung auf Gasturbinen aus russischer Flugzeugproduktion wären mehrere Voraussetzungen deutscher Außenpolitik erfüllbar. Kurzum Gasturbinen statt Atomreaktoren ist die weit billigere risikolosere und ökologischere Lösung, und dies nicht nur für die GUS-Staaten, sondern auch für Deutschland.

Eine zusätzliche Argumentationslinie des Herrn Jablokow bestätigt erneut mein, Ihnen seit Jahren vorgetragenes Argument der Hauptfehlerquelle durch „Risikofaktor Mensch", erweislich bei allen Großunfällen der Atomtechnik. Keine Technik vermag diesen Risikofaktor zu beseitigen, wie Sie sehr gut wissen!

Die nukleare Entsorgung ist bisher und wird auch künftig nicht zu lösen sein. Sogar die Franzosen kommen dahinter. Dort selbst werden inzwischen sogar Reaktorrisiken offen diskutiert, aber die eingeschlagene Atomeuphorie hat inzwischen irreversible Fakten geschaffen.

Wie soll es nun weitergehen? Glaubt der Reaktorminister weiterhin einer unglaubwürdigen Atomlobby oder nimmt er endlich Vernunft an durch Beratung durch den kritischen Sachverstand!

Anlage zum vorstehenden Schreiben von Wolfgang Knigge an Minister Töpfer:

Interview mit Rußlands oberstem Umweltschützer

„Atomtechnik bei uns: Ihr Risiko"

Moskau. Alexej Jablokow ist heute als Berater von Staatspräsident Jelzin in ökologischen Fragen Rußlands oberster Umweltschützer. Der Biologe wurde 1989 zum Volksdeputierten gewählt. Er war stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und rationale Nutzung der Natur im Obersten Sowjet der UdSSR.

WESER-KURIER: Herr Jablokow, wie sehen Sie heute die Lage in den russischen Atomkraftwerken des Tschernobyl-Typs?

Jablokow: Im Prinzip wird das Problem nicht richtig gesehen. Wenn man über die Gefährlichkeit der sowjetischen Atomreaktoren spricht, begreifen nur wenige, daß die technologischen Probleme nur 30 Prozent ausmachen, **das übrige ist der menschliche Faktor.** Was für Reaktoren auch immer bei uns stehen würden, siebzig Prozent der Unfälle kämen dadurch zustande, daß die Bedienungsregeln verletzt werden. **Unsere Leute können mit diesen Bedienungsanleitungen nicht arbeiten** – nun ja, sie können mit beliebigen Bedienungsanleitungen nicht arbeiten.

Es gibt also keine Konstruktionsmängel?

Es gibt Konstruktionsmängel. Aber wenn wir erst einmal begreifen, **daß der menschliche Faktor die Hauptrolle spielt,** dann geht es nicht mehr darum, wie wir die Atomenergie verbessern, sondern wie wir sie **vermeiden.** Meiner Ansicht nach ist sie, unter unseren Umständen, ein **unannehmbar hohes Risiko.** Und hier wird es schon politisch. Das zeigt sich daran, was auf dem Wirtschaftsgipfel in München vor sich ging und schon vor dem Treffen in München. Westliche Firmen, die westliche Seite hat uns ihre Hilfe angeboten bei der Verbesserung dieser Reaktoren. Ich sehe darin einen Versuch ausländischer Firmen, in unseren Markt einzudringen; **ganz klar interessiert ist Siemens.**

Wie reagieren Sie auf diesen Versuch?

Das ist Geschäft, ein normaler Vorgang in der Wirtschaft. Ich beschuldige da niemanden. Aber rechnen wir doch mal. Der Umbau unserer Atomkraftwerke wird zusammen bei weiten nicht 600 Millionen Dollar kosten, wie jetzt für die erste Etappe behauptet. Das ist nur der erste Schritt. Die Experten sagen, wenn man alle unsere Atomkraftwerke umbaut, kostet das Milliarden von Dollar. Die Frage ist nur, ob zehn oder vierzig Milliarden. In diesen Maßstäben bewegt sich das Problem. Wir rechnen anders: **Wenn wir anstelle der Atomkraftwerke moderne Gasturbinen errichten, dann können wir für nur 700 Millionen Dollar alle Atomkraftwerke in der ehemaligen Sowjetunion ersetzen.** Die Turbinen werden bei uns hergestellt auf der Grundlage der Flugzeugantriebe für Militärflugzeuge, Typ SU 27. Wenn man sie umbaut, ergeben sie Gasturbinen in der Größe von vierzig Megawatt.

Wie lange würde diese Umrüstung dauern?

Das Aufstellen dauert insgesamt ein halbes Jahr. Wenn es entsprechende Bestellungen gibt, können davon 100 im Jahr produziert werden. Die Frage ist, was will der Westen? Will er seine Firmen unterstützen? Gut, dann soll er das Geld diesen Firmen geben, und sie sollen die Atomkraftwerke reparieren. Aber Sie sollten begreifen, daß sie trotzdem sehr gefährlich für Sie sein werden. Was für eine Technik auch immer in unseren Händen sein wird – **sie wird für Sie eine tödliche Gefahr sein,** für Sie, für Europa. **Wenn Sie wirklich Sicherheit wollen,** geben Sie uns das gleiche Geld, und **wir lösen das Problem prinzipiell. Es werden Gasturbinen eingerichtet, die ökologisch einwandfrei sind.**

WESER-KURIER, 23. Juli 1992

Abrüsten! Abschalten!

Weil vor 50 Jahren, am 2. Dezember 1942, mit dem „Anfahren" des ersten Atomreaktors in Chicago das atomare Feuer dauerhaft entzündet wurde;

weil dieser tödliche „Fortschritt" mit den Explosionen von Hiroshima und Nagasaki Hunderttausenden das Leben raubte und im Fortgang des wahnwitzigen Wettrüstens die Welt mehrfach an den Rand des Untergangs manövriert hat;

weil die radioaktive Verseuchung von Mensch und Natur durch die andauernden Atomwaffentests und durch den Betrieb der Atomkraftwerke immer weiter zunimmt;

weil durch die Zunahme der über Atomwaffen verfügenden Staaten die Gefahr ihres Einsatzes beständig wächst;

weil die mit der militärischen Atomkriegsdrohung untrennbar verbundene „friedliche" Kernspaltung uns die Katastrophe von Tschernobyl mit ihrem unermeßlichen Leid sowie die „Beinahe-Katastrophen" in Harrisburg, Biblis und andernorts gebracht hat, fordern wir;

Auf jede weitere „zivile" oder militärische Atomkraftnutzung muß unbedingt verzichtet werden!

Wir verlangen daher

1. Alle Atomkraftwerke in Deutschland noch in diesem Jahrhundert abzuschalten und auf Atomtechnologie vollständig zu verzichten.

2. Deutschland in eine atomwaffenfreie Zone zu verwandeln.

Wir sind uns bewußt, daß solche Schritte die weltweiten Probleme der Weiterverbreitung von Atomwaffen, des Wettrüstens und des radioaktiven Abfalls noch nicht lösen werden. **Wir halten es aber für unabdingbar, im eigenen Land Zeichen zu setzen.** Wir sind überzeugt, daß solche Schritte Mut und Hoffnung wecken. Wir bitten um Unterstützung.

**Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in Sozialer Verantwortung (IPPNW) e.V.**

Erklärung der BI „Kernenergie" Greifswald zum Antrag für die Errichtung eines Atommüll-Zwischenlagers in Greifswald/Lubmin

In den letzten Maitagen ist in Schwerin ohne großes Aufsehen eine Entscheidung gefallen, die voraussichtlich die wirtschaftliche, politische und soziale Landschaft Vorpommerns und des östlichen Mecklenburgs in den nächsten Jahrzehnten entscheidend prägen wird:

Am 20. Mai teilte das Umweltministerium von Mecklenburg-Vorpommern mit, daß die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) einen Antrag zur Errichtung eines nuklearen Zwischenlagers am Standort des ehemaligen Atomkraftwerkes Greifswald/Lubmin gestellt hat.

Damit beginnt Teil 2 der Geschichte des Atomstandortes Greifswald/Lubmin, alle Aussichten und Träume von der baldigen Beseitigung der nuklearen Altlasten der Lubminer Heide sind dahin.

Bereits seit einem halben Jahr geht es im öffentlichen Leben von Greifswald und Umgebung vor allem um die Frage: Wer braucht das Zwischenlager und was soll dort hinein?

Nach der Ankündigung von **PREUSSENELEKTRA-Chef Krämer** zur Errichtung eines bundesweiten Zwischenlagers in Greifswald unter Ausnutzung der bestehenden Entsorgungsnotstände des abgeschaltenen KKW gab es die ersten massiven öffentlichen Proteste.

GREENPEACE veröffentlichte im Oktober 1991 Zahlen über die geplante Größe des Zwischenlagers, die ein Vielfaches der bisher in der Bundesrepublik errichteten Zwischenlagerkapazität ausmachen würde **(mehr als 18 mal so groß wie das Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Gorleben).** Die GREENPEACE-Zahlen wurden – wie zu erwarten – sofort heftig dementiert.

Offenbar aufgrund der öffentlichen Proteste sahen sich Vertreter der Atomindustrie zu Anfang dieses Jahres gezwungen offiziell zu verkünden, daß die Größe des Zwischenlagers sich ausschließlich nach dem anfallenden atomaren Abfall aus den Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg richten wird. Diese Informationspolitik wird bis heute von den EWN Greifswald (dem vormaligen KKW) betrieben und von der Landesregierung in Schwerin unreflektiert übernommen. Die GNS als vorgesehener Errichter und Betreiber des Zwischenlagers hat sich jedoch nie zu einer derartigen Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit bereit erklärt! Immer wieder machten ihre Vertreter deutlich, daß sich die GNS als Wirtschaftsunternehmen verstehe und die Wirtschaftlichkeit eines Zwischenlagers mit seiner Größe deutlich zunehme.

Wie kann die Größe eines Zwischenlagers für den Greifswalder und Rheinsberger Eigenbedarf jetzt schon genau festgelegt werden, wenn für diesen Eigenbedarf nur erste, grobe Abschätzungen vorliegen, ja noch nicht einmal klar ist, ob die Atomkraftwerke beschleunigt abgerissen oder in den nächsten Jahrzehnten „sicher eingeschlossen" werden sollen? Selbst beim maximal beschleunigten Abriß – der erst noch beantragt und genehmigt werden müßte, bringt er doch stark erhöhte Strahlenbelastungen für das Abrißpersonal und die Umgebung mit sich – würden größere radioaktive Abfallmengen erst in mindestens 5 Jahren anfallen.

Warum dann ein riesiges Zwischenlager so schnell wie möglich? Die Antwort liegt nicht in Greifswald, sondern in der „Entsorgungsstrategie" der alten Bundesrepublik begründet: **In den nächsten Jahren werden zehntausende Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Abfalls aus Frankreich, England und Schweden nach Deutschland zurückgeschickt, für die im Gebiet der alten Bundesländer bisher und in absehbarer Zeit keine ausreichende Lagermöglichkeit besteht.**

Den letzten Beweis für die Haltlosigkeit der These von der Planung des Zwischenlagers für den ostdeutschen Eigenbedarf liefert der von der GNS gestellte Antrag selbst: Beantragt wird ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall mit einem **Fassungsvermögen von 200.000 m³.** Das ist exakt die von GREENPEACE bereits im Herbst 1991 genannte Zahl.

Wenn die Umweltministerin von Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Antragstellung durch die GNS verkündet, sie sei unzufrieden, „daß nach ersten Einschätzungen die beantragte Lagerkapazität nur den Entsorgungsbedarf der kerntechnischen Anlagen Greifswald und Rheinberg abdecken kann", so sieht sie entweder nicht die oben angedeuteten Widersprüche und beweist einmal mehr ihre Inkompetenz in Genehmigungsfragen – oder sie läßt sich bewußt einbinden in den **großen öffentlichen Betrug,** der gegenwärtig zur Begründung des Zwischenlagers läuft!

Skandalös am Verhalten der Landesregierung ist weiterhin, daß sie das Genehmigungsverfahren für das jetzt beantragte **Zwischenlager ohne Öffentlichkeitsbeteiligung** durchziehen will. Hier hat man eine Gesetzesschwäche entdeckt und nutzt sie weidlich aus: Das Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall gilt trotz seiner riesigen Dimensionen und der Herkunft des **einzulagernden Atommülls nicht als Atomanlage, sondern nur als Anlage im Sinne der Strahlenschutzverordnung.**

Am 9. April dieses Jahres wurde in den Schweriner Landtag ein Antrag eingebracht, der sichern sollte, daß ein Zwischenlager tatsächlich nur für den Greifswalder und Rheinsberger nuklearen Abfall gebaut wird und eine Öffentlichkeitsbeteiligung beim Genehmigungsverfahren berücksichtigt wird. Dieser Antrag wurden mit den Stimmen der Koalition abgelehnt!!

Politiker, die inkompetent sind oder wissentlich ihr Wählervolk betrügen, kann man abwählen. Die Beispiele Niedersachsen und Hessen zeigen, wie gerade aufgrund der bisherigen Atompolitik in der Bundesrepublik, die frontal mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit kollidiert, neue politische Mehrheiten entstehen können und sich ehemalige Regierungsparteien plötzlich auf der Oppositionsbank wiederfinden, nur weil sie allzu leichtfertig die Parolen der Atomindustrie nachgeplappert haben.

Spätestens wenn die ersten regelmäßigen Atommüll-Transporte über die Straßen und Schienen Mecklenburg-Vorpommerns nach Greifswald rollen, brechen für die Atombefürworter-Parteien in Schwerin und an allen Orten, durch die Atomtransporte rollen, politische schwere Zeiten an.

Ein genehmigtes und gebautes Atommmüll-Lager kann man nicht abwählen!

Wir als Bürgerinitiative fordern daher die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern auf:

- Zurückweisung des gestellten Antrags für ein atomares Zwischenlager auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Greifswald/Lubmin,
- Schaffung von gesetzlichen und praktischen Garan-

tien, daß höchstens die im Rahmen der Stillegung der AKW Greifwald und Rheinberg tatsächlich anfallenden radioaktiven Abfälle zeitweilig während der Stillegungsphase am Standort Greifswald/Lubmin zwischengelagert werden können. Verbot jeglichen Atommülltourismus aus den alten Bundesländern nach Greifswald.

- Gewährleistung einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung bei allen Entscheidungen zur Zukunft des Geländes des ehemaligen Kernkraftwerkes Greifswald/Lubmin.
- Beendigung der gegenwärtigen Vertuschungs- und Abwiegelungspolitik, insbesondere Veröffentlichung der von GNS und EWN übergegebenen Gutachten zur Bedarfs- und Kapazitätsplanung für die vorgesehenen Zwischenlager.

Die Einwohner und Gäste unseres schönen Bundeslandes fordern wir auf:
Lassen Sie sich nicht von der Atomindustrie und ihren politischen Lakaien in den Schlaf wiegen! Wehren Sie sich gegen eine Politik, die Werften, Universitäten, die gesamte Landwirtschaft und vieles mehr abwickeln will, während die nuklearen Altlasten immer neue Blüten treiben dürfen.

Unterstützen Sie uns in unserem Ringen gegen die Pläne zum Ausbau des Nuklearstandortes Greifswald/Lubmin. Werden Sie Mitglied oder Fördermitglied unserer Bürgerinitiative!

Der Atomindustrie stehen Millionen DM zur Verfügung, um ihre Ziele gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Ein Großteil dieses Geldes stammt aus den Steuereinnahmen des Bundes. Wir haben weitaus weniger Mittel, um uns zur Wehr zu setzen. Auch ihre Spende kann daher ein wesentlicher Beitrag sein. Überweisen Sie Ihre Spende auf unser Konto 3300 3024 bei der Sparkasse Vorpommern (BLZ 130 510 22).

Mecklenburg-Vorpommern darf nicht die atomare Schutthalde der Bundesrepublik werden!

Bürgerinitiative e.V.
zur Förderung alternativer Energiekonzepte
c/o Dr. Rosmarie Poldrack
O-2200 Greifswald, Fleischerstr. 22
Tel.: Greifswald 57 98

Treibhauseffekt und Ozonloch – eine Medienkatastrophe

Im Februar dieses Jahres tagte die Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz der Erdatmosphäre" mit dem Thema über die Auswirkungen des erhöhten Kohlendioxydausstoßes auf unsere Erdatmosphäre. Kohlendioxyd entsteht vornehmlich bei der Verbrennung fossiler Stoffe. Nach weltweit verbreiteter Überzeugung bildet die verstärkte Anreicherung mit CO_2 eine Dunstglocke, welche die einstrahlende Sonnenwärme „einsperrt", woraus sich dann der berüchtigte Treibhauseffekt ergibt, dessen katastrophale Folgen die Medien bereits in einer Horrorvision vorweg genommen haben:
Weil dann die Polkappen schmelzen, steigt der Meeresspiegel und überschwemmt weltweit bewohnte Küstenregionen bis tief ins Landesinnere; Hitzestürme fegen über den Rest der Welt hinweg, trocknen die Böden aus, verursachen Hungersnöte, woraus Völkerwanderungen und schließlich entsetzliche Kriege um Lebensraum entstehen. Wer da noch überlebt, wird frühzeitig von dem nun verstärkt auftretenden Hautkrebs zerfressen.

Die schon vor der Tagung herausgegebene Presseerklärung war voller Hinweise auf diese Gefahren und nahm gewissermaßen das Tagungsergebnis bereits vorweg. Doch während der Diskussion stellte sich so manches als fragwürdig und als keineswegs wissenschaftlich bewiesen heraus. Kohlendioxyd beispielsweise ist keineswegs ein gefürchtetes Umweltgift, sondern für die Pflanzenwelt ebenso notwendig wie für uns der Sauerstoff. Keiner der anwesenden Wissenschaftler konnte einen Beweis dafür antreten, daß der zweifellos vermehrt auftretende Ausstoß von Kohlendioxyd tatsächlich den Treibhauseffekt mit den an die Wand gemalten verheerenden Folgen haben würde.

Professor Dr. Heinz Miller vom Alfred Wegener Institut für Polar- und Meeresforschung (Bremerhaven) hat sich in diesem Zusammenhang mit Klimamodellen für die Polarregionen befaßt. Dort herrscht bekanntlich eine Durchschnittstemperatur von minus 40 Grad. Wenn sich folglich durch den Treibhauseffekt die Durchschnittstemperatur um das gefürchtete Maxium von 4 Grad erhöhen sollte, wären diese für die Polkappen noch weit vom Schmelzpunkt des Eises entfernt. Es enstünde sogar ein gegenteiliger Effekt: Die wärmere Luft nimmt bekanntlich mehr Feuchtigkeit auf als kältere, was jede Hausfrau, die etwas trocknen muß, bestätigen kann. Folglich fallen an den Polen mehr Niederschläge, welche die Eiskappen nicht schmelzen, sondern größer werden lassen. Die Überflutung von Landstrichen findet als Folge eines Treibhauseffektes also nicht statt.

Unbestritten ist der Gehalt an Kohlendioxyd angestiegen; seit der Jahrhundertwende um ca. 15%. Dagegen sind allein in den letzten 30 Jahren die Waldbestände um ein Drittel gerodet. Da Wälder der Großverbraucher von Kohlendioxyd sind, andererseits der CO_2-Ausstoß allein durch die Kraftfahrzeuge mehr als verdoppelt worden ist, muß man sich wundern, daß der Kohlendioxydgehalt nicht erheblich höher ist. Wie kommt das? Werden Forschungsmillionen nur dazu herausgeworfen, um Katastrophen zu erfinden?

In dem amerikanischen Wissenschaftsmagazin **„21st Century Science and Technology"**erschien ein Artikel des amerikanischen Umweltforschers Sherwood Idso, der sich mit den Auswirkungen des erhöhten CO_2-Gehaltes auf die Pflanzenwelt befaßt und von den Wohltaten des Kohlendioxyds für die Pflanzenwelt" spricht. In zahlreichen Experimenten konnte nachgewiesen werden, daß eine Verdoppelung des Kohlendioxydgehaltes in der Luft das Wachstum, die Produktivität und den Ernteertrag der Pflanzenwelt um etwa ein Drittel erhöht. Als Nebeneffekt wird der Verlust an Wasser je Blatteinheit um ein Drittel gesenkt. Folglich verdoppelt sich bei doppeltem CO_2- Gehalt der Luft die Menge organischer Materie, die, bezogen auf die pro Blattfläche verdunstete Wassermenge produziert wird – was die Pflanzenphysiologen den Wassernutzungseffekt nennen.

Aber nicht nur das Land, sondern auch die Meere beginnen unter einer Erhöhung des CO_2-Gehaltes zu blühen. Mehr Kohlendioxyd, so Professor Idso, wäre ein Segen für die regenarmen Gebiete. In vielen Experimenten wies er nach, daß eine merkliche Regeneration verdorrter Regionen mit Hilfe von Kohlendioxyd eintreten würde.

Daß dieser Treibhauseffekt mit seinen katastrophalen Folgen aller Wahrscheinlichkweit nach gar nicht stattfinden wird, sollte aber die Öffentlichkeit nicht erfahren. Die

stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission, Liesel Hartenstein (SPD), **warnte davor, dieses erfreuliche Ergebnis „ungefiltert" bekannt zu geben.** Es muß wohl einen tiefen Sinn haben, daß Medien und Politiker die Wahrheit umkreisen wie der Geier das Aas, daß sie nicht informieren, sondern verunsichern, daß sie Katastrophen heraufbeschwören, die nur in den Redaktionsstuben stattfinden. Ist es Sinn und Zweck der Medien, ihre Konsumenten zu desinformieren, zu verunsichern, um ihren Informations- und Aufklärungsbedarf zu steigern? Oder hat das Geschäft mit der Angst einen höheren Sinn, zumal **die Weltpresse in dieser Hinsicht recht wundersam koordiniert ist!**

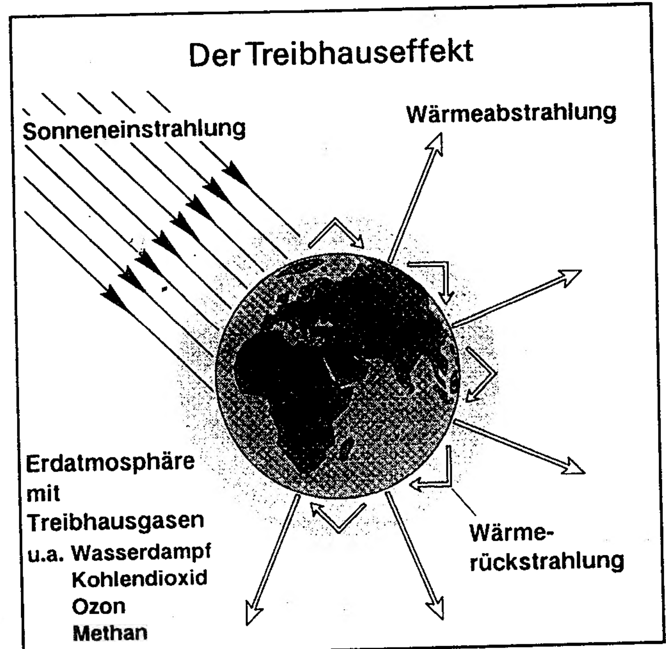
Oder droht die doch unvermeidlich scheinende Klimakatastrophe wenn nicht vom Kohlendioxyd, so doch von einer anderen Seite, nämlich von der Zerstörung der Ozonschicht? Es ist erwiesen, daß FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoff), welches sich vornehmlich in Treibgasen und Kühlmitteln befindet, Ozon zerstört. Dieses Ozon wiederum, welches sich in 15 bis 50 Kilometer Höhe befindet, wirkt als Schutzschild gegen die von der Sonne kommenden ultravioletten Strahlungen, das UV-Licht. Diese Strahlen verlieren an Wirkung, weil sie ihre Energie verbrauchen, indem sie Sauerstoffmoleküle (O_2) in einzelne Sauerstoffatome aufspalten. Diese wiederum reagieren mit freien Sauerstoffmolekülen zu Ozonmolekülen (O_3). Diese werden wiederum durch das UV-Licht aufgespalten, so daß die nunmehr energiearmen UV-Strahlen keine schädigende Wirkung mehr ausüben können. Wenn folglich die Ozonschicht (durch FCKW) zerstört ist, werden wir von den energiereichen UV-Strahlen getroffen. Sind nur 10% der Ozonschicht zerstört, dann soll das Auftreten bestimmter Karzinome um 50% bzw. gar 80% erhöht werden, abgesehen von weiteren Schädigungen der Augen und des Immunsystems.

Hierzu veröffentlichte **Professor Dr. Hans Heyke** in der FAZ vom 29.11.1989 eine klärende Stellungnahme: Wenn Ozon in 15 bis 50 Kilometer Höhe durch FCKW zerstört wird, müßte die zuvor dargestellte Spaltung der Sauerstoffmoleküle durch UV-Strahlen in niederen Schichten nachgeholt werden und zwar umso schneller und intensiver, da die Sauerstoff-Luftschicht zur Erde hin immer dichter wird. Hinzu kommt, daß auch die Wärme in Richtung Erde immer größer wird, so daß mit Hilfe der Arrhenius-Gleichung (wonach eine um 10 Grad Kelvin erhöhte Temperatur die Reaktionsgeschwindigkeit verdoppelt) die Neubildung einer Ozonschicht in tieferen Regionen noch mehr beschleunigt wird.

Als die Gefahren das Ozonloch vor etlichen Jahren ruchbar wurde, hat man es unterlassen, sogleich regelmäßig den Anstieg der UV-Strahlung zu messen. Statt dessen wurde nur berichtet, wenn das Ozonloch über der Antarktis größer wurde. Daß es auch wieder kleiner wurde, hat man ebenso unterschlagen wie die Begründung für diese Schwankungen. Aus keinem der warnenden Berichte gehen aber Daten einer regelmäßigen Messung der UV-Strahlen hervor, vielmehr wurde eine solche verstärkte Strahlung einfach per Computer hochgerechnet – wie es sich eben immer mehr durchsetzt, Forschungsarbeiten durch Computer erledigen zu lassen anstatt selbst zu messen und nachzudenken. Professor Heyke bezweifelt daher, daß überhaupt eine Erhöhung des UV-Befalls bisher eingetreten ist; hingegen gibt es Äußerungen, wonach die UV-Strahlung sogar abgenommen hat, was im Falle der Zerstörung der Ozonschicht durch FCKW auch logisch wäre, weil sich doch sehr rasch ein neuer und wirkungsvollerer Schutzschild wieder aufgebaut hätte.

Auch mit dem Treibhauseffekt durch Kohlendioxyd befaßte sich Professor Heyke und erinnerte an die Bedeutung von Feuchtigkeit und Regen, welche immer wieder zur Reinigung und Klärung der Atmosphäre beitragen.

Hans Werner Woltersdorf



„Wir tun das für unsere Enkel!"

Aussage von Butros Ghali auf dem Umweltgipfel in Rio,
hierzu ein Leserbrief an das DARMSTÄDTER ECHO vom 12.6.1992.

Wir tun das auch für uns selbst

Zu dem Bericht „Wir tun das für unsere Enkel" vom 4. Juni:
Das ist ja sehr nett vom UNO-Generalsekretär, daß er sich jetzt schon Gedanken um die Enkel macht. Aber was sollen die Leute dazu sagen, die gar keine Kinder, geschweige denn Enkel haben? Kann denen die Situation der Erde gleichgültig sein? Auf keinen Fall! Zusammen mit denjenigen meiner Mitmenschen, die von der Lehre der wiederholten Erdenleben und der Wiedergeburt überzeugt sind, weiß ich, daß ich schon viele Male auf diesem Planeten zu Gast war. Und wir sind sicher, daß wir fast alle auf ihn zurückkehren werden, um neue Aufgaben zu lösen und durch die Erarbeitung weiterer Lernschritte an unserer Vervollkommnung zu arbeiten. Und deswegen ist es ja auch so voll auf unserem Planeten. Es sind nämlich zum größen Teil immer wieder dieselben Seelen, die, erneut inkarniert, hier das Gedränge verursachen. Wenn wir aber zurückkehren müssen, möchten wir natürlich eine intakte Erde vorfinden und nicht eine, die abgeholzt und mit Radioaktivität und Chemie verseucht sowie mit Müll übersät ist. Aus diesem Grunde sind wir an der ökologischen Gestaltung der Zukunft unseres Planeten ganz besonders interessiert. Wir tun das auch für unsere Kinder und Enkel, aber in erster Linie für uns selbst!

Dipl. Ing. Dieter Quambusch, Wingertsweg 3, 6104 Seeheim 1

Liebe WSL-Freunde!

Einer unter uns Aktiven – weit über die Bundesrepublik hinaus – wurde am bekanntesten: **unser Kamerad Baldur Springmann.** Der Lebens- und Umweltschützer, der biologisch-dynamische Bauer wurde im Mai d.J. **80 Jahre alt!**

Rege wie eh und je feierte er diesen Tag im Kreis seiner Familie und seiner Freunde auf seinem Hof Springe in Geschendorf in Schleswig/Holstein. Seine Gedanken weilten sicherlich auf seinem alten, nun wieder von ihm und seinen Kindern übernommenen Hof in Mecklenburg. Die Grüße des WSL-D überbrachten unsere hamburger Freunde Arthur Riegel und Werner Berends.

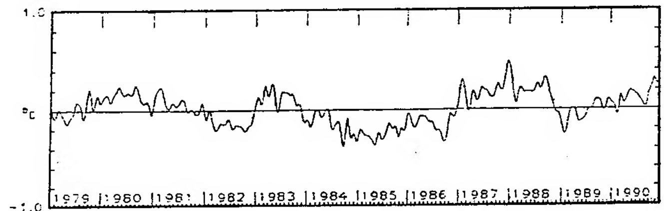
Wenn unter der Asche
die Glut der Liebe noch glimmt
und in der Tiefe des Herzens
der uralte Kompaß stimmt,
dann wird auch das trotzige Segel
einst wieder vom Sturmwind
geschwellt und von wärmenden,
schmelzenden Flammen
die verfinsterte Welt uns erhellt!

Karl Günther Stempel

Satellitenmessungen zeigen keinen Treibhauseffekt

Immer wieder wird in Agenturmeldungen behauptet, das Jahr 1990 und das letzte Jahrzehnt wären die wärmsten Perioden seit Beginn der Temperaturmessungen gewesen. Dies immer aufgrund der Messungen auf der Erdoberfläche. Eine neue Studie des George C. Marshall Institute in Washington widerlegt diese Aussagen anhand von Satellitenmessungen zwischen 1979 und 1990. Sie findet keinen Trend zu höheren Temperaturen in den 80er Jahren. Nachdem in den letzten 90 Jahren der CO_2-Gehalt der Atmosphäre um 50% gestiegen ist, haben alle Computermodelle einen beschleunigten Anstieg der Temperatur für die 80er Jahre vorausgesagt. Entgegen diesen Modellen respektive der gegenwärtigen Treibhaustheorie gab es zudem in den letzten 90 Jahren:

- keine größere Temperaturerhöhung auf der Nordhalbkugel im Vergleich zur Südhalbkugel
- keine größere Temperaturerhöhung in höheren Breitengraden
- keine signifikante Temperaturerhöhung in den USA, dem größten Gebiet auf der Erde, für das zuverlässige Temperaturmessungen erhältlich sind.



Globale Durchschnitts-Temperatur. Satelliten-Messungen 1979-1990.

Quelle: NASA-Marshall Space Flight Center and University of Alabama. **aus Natur und Mensch Nr. 1/1992**

Nach dem Bericht zur Weltklima-Konferenz 1990 in Genf sind die globalen Temperaturen in den letzten 100 Jahren um 0,3–0,6°C gestiegen. Wäre dieser Ausstieg ausschließlich durch den Treibhauseffekt verursacht worden, würde eine 100%-ige Zunahme des CO_2 im nächsten Jahrhundert eine zusätzliche Temperaturerhöhung um das Doppelte, d.h. um 0,6–1,2°C ergeben. Unter Berücksichtigung natürlicher Klimaänderungen erweiterte sich laut der Studie die Bandbreite der Vorhersage für das nächste Jahrhundert auf 0,4–1,8°C. Dies entgegen den Abschätzungen der Computermodelle mit 1,5–4,5°C. Mit Satellitenmessungen hofft man in 5-10 Jahren genauere Unterlagen zu erhalten. Wenn Entscheidungen bezüglich CO_2-Emissionen solange hinausgeschoben würden, müßten wir dies mit einer zusätzlichen Erwärmung von 0,1°C in den nächsten 50 Jahren „büssen" – eine erträgliche Strafe als Versicherung gegen Fehlentwicklungen in der Energiepolitik.

Dipl. Ing. Ralph Graeub, WSL-Schweiz

Shigetoshi Wakaki

Hiroshima –

Die infame Maxierung eines Massenmordes

Grabert, 208 S., Pb., DM 32,–, Best.-Nr. 100250

Als 1945 die siegreichen Amerikaner nach der Kapitulation Deutschlands trotz der Friedensfühler der Japaner ohne jede Warnung die beiden Atombomben auf die Großstädte Hiroshima und Nagasaki abwarfen, begingen sie damit schon eines der größten Kriegsverbrechen. Ein Erlebniszeuge, damals in Hiroshima als Militärchemiker tätig und dann mit der Untersuchung der Atombombenexpolsion beauftragt, schreibt hier sein Erleben des furchtbaren Geschehens. Darüber hinaus legt er als Ergebnis jahrzehntelanger Naychforschungen und Befragungen mit überzeugenden Beweisen die neue Erkenntnis vor, daß die US-Militärs zudem noch in Hiroshima die Zahl der zivilen Todesopfer dadurch bewußt – und mit Erfolg – zu erhöhen versuchten, daß das mit der Bombe beladene Flugzeug mit seinen Begleitmaschinen am betreffenden Morgen zunächst einen Scheinangriff auf die Stadt flog, dann abdrehte und nach rund einer Stunde, nachdem am Boden Entwarnung gegeben und die Bevölkerung aus den Luftschutzkellern, in denen sie auch schon in vorangehenden Nacht durch Scheinangriffe gehalten war, ins Freie zurückkam. Durch diesen infamen Plan der Amerikaner wurden Zehntausende von Zivilisten mehr getötet, als ihr Leben hätten lassen müssen, wenn sie wie im Normalfall den Angriff im Luftschutzkeller abgewartet hätten. Ganz offensichtlich sollte eine Maximalzahl an Japanern durch den Atomblitz getötet werden: eine neue Dimension des Kriegsverbrechens. Eine ausführliche Einleitung von Dr. Dieter Bartling beschreibt den japanisch-amerikanischen Krieg und insbesondere den Angriff auf Pearl Harbor, für den Hiroshima eine Rache sein sollte.

Erfolge, denen weitere folgen müssen!

1. Stop für die Atombombenversuche der Franzosen im Pazifik.

Frankreich hat sein bereits 32 Jahre lang laufendes Atombomben-Testprogramm im Moruroa-Atoll im Südpazifik ausgesetzt. Durch 196 atomare Sprengungen haben die Franzosen in Polynesien seit drei Jahrzehnten Umwelt und Leben in diesem „Ozean des Friedens" verseucht. Sie haben diesen Wahnsinn trotz heftiger Proteste von Neuseeland und Australien all die Jahre nicht abgesetzt. Nun verlautet, daß dieser Entschluß zum Storno im Auftrag des Präsidenten Mitterand als direkte Konsequenz der Beendigung des Kalten Krieges erfolgt sei. In Wahrheit aber verdanken wir, wie auch international anerkannt, ohne Zweifel diese Entschlie0ung – wenigstens heuer, vielleicht auch im kommenden Jahr diese Tests zu stoppen – dem überaus mutigen, z.T. mit Menschenleben bezahlten Einsatz von Greenpeace mit ihrer „Rainbow Worrier" (1 und) 2, die zuletzt am 27. März 1992 direkt in das Testgelände von Moruroa vordrangen, von der französischen Marine gekapert, verhaftet und verhört wurden. Das Ergebnis dieses französischen Skandals aber war nicht eine Einschüchterung von Greenpeace, sondern der Rückzug der Franzosen und der Moratoriums-Erklärung bereits am 7. April. Wir alle gratulieren und danken und freuen uns über den unglaublichen Erfolg gegen die ob ihrer Härte berüchtigte französische Atomlobby und Militaristen.

2. Lichtblick im Kampf gegen Temelin.

Die Arbeit der österreichischen Antiatom-Aktivisten und die freie Informationsmöglichkeit in den ehemaligen Oststaaten beginnt nun mehr und mehr zu wirken, auch in der ČSFR. Nun verstärkt sich dort auch im Lande selbst der Widerstand gegen den heranwachsenden Atomgiganten in Temelin nahe der österreichischen Grenze. Die in Bau befindlichen ersten zwei Reaktoren haben bereits 8 Milliarden Schilling verschlungen, obwohl sie noch mit dem veralteten sowjetischen Reaktortyp mit seinen völlig unzureichenden Sicherheitseinrichtungen ausgestattet sind. Nun haben tschechische Politiker zum ersten Mal zu rechnen begonnen und verkünden, daß ernste Überlegungen über einen Baustopp im Gange sind, da die weiteren Kosten allein für den Bau von Temelin höher sind als der Betrag, der für die kommplette Filterung aller im Betrieb befindlichen Kohlenkraftwerke des Landes notwendig wäre. Der tschechische Umweltminister Dejmal spricht es endlich offen aus: daß nämlich außer der im Hintergrund stehenden möglichen großen Katastrophe auch die tägliche Schädigung von Land und Leben nicht vergessen werden darf, die Temelin mit seiner Einleitung der warmen Abwässer in die Moldau und mit seinen Abgasen für Grundwasser und Atmosphäre bis einschließlich der Stadt Prag zur Folge hätte. Die Zeit arbeitet für uns, für die Vernunft. Hoffen wir, daß der Wettlauf gegen die Unvernunft gewinnt.

3. Der grauenhafteste aller Tierversuche, der LD-50-Test ist abgeschafft worden.

Dies anläßlich der „Harmonisierungskonferenz" in Brüssel Ende Februar 1992. Im Jahre 1927 von seinem Erfinder eingeführt, aber von ihm selbst als absolut unbefriedigend bezeichnet, hat dieser weltweit praktizierte grausame Test jährlich viele Millionen Tiere unter größten Qualen ermordet – in den USA allein forderte er jährlich fünf Millionen Opfer. Als Test für Arzneien und Kosmetika verlangte er, daß verwendete Giftstoffe den Versuchstieren in solchen Konzentrationen eingegeben werden müssen, bis 50% aller Versuchstiere gestorben sind (L = letal, tödlich; D = Dosis; 50 = 50%). Die Opfer, z.B. Hunde, mußten oft tagelang unter schrecklichen Qualen hinsiechen, konnten nicht mehr stehen, bluteten aus den Augen, wurden von Krämpfen geschüttelt, hatten zunehmende Atemschwierigkeiten, durften aber nicht von den ihnen zugefügten Leiden durch einen gnadenvollen Tod erlöst werden, sondern wurden so lange am Leben gehalten, bis die Hälfte aller Versuchstiere allmählich verendet war. Trotz des dreißigjährigen Kampfes der Tierschützer hatte die Pharma-Mafia mit der Behauptung, daß gerade dieser Test für die Produktsicherheit unerläßlich sei, die Menschheit belogen. Jetzt geht es plötzlich auch ohne diesen Foltertest. Trotz allem müssen wir froh sein, daß die internationale Anstrengung der Tierfreunde dieses Schandmal der Menschheit zu Fall gebracht hat.

Prof. Dr. Alex. Tollmann, Wien

. . . wir bilden uns die Welt, und was wir erleben,
ist nicht dem Zufall untertan.
Die Dinge werden durch unseren Zustand angezogen
und ausgewählt:
Die Welt ist so, wie wir beschaffen sind.
Jeder von uns vermag also die Welt zu ändern –
das ist die ungeheure Bedeutung, die den Menschen
verliehen ist. Und daher ist es auch wichtig,
daß wir an uns arbeiten.

Ernst Jünger

Leserbrief zu LSI 3/92

Alfred Herrhausen-Mord: Mossad-, CIA- und KGB-Methoden auch in der BRD?

Die SZ und die „ARD-Brennpunkt"-Sendung berichten, daß der Hessische Verfassungsschutz den „Kronzeugen" Nonne präpariert und unter Druck gesetzt hat, durch Falschaussagen der RAF (Rote-Armee-Fraktion) den Mord zu unterschieben, daß das BKA schlampige und sogar vertuschende Ermittlungsarbeit geleistet und der Ermittlungsrichter fast fraglos den Einlassungen geglaubt hat. Ein Sicherheits-Fachmann stellte fest, daß die (von wem aufgebaute?) „high-tech-Lichtschranken-Zündung" gar nicht funktionieren konnte, und in einem renomierten Labor wurden die für echt gehaltenen bzw. behaupteten „RAF-Bekennerbriefe" als Fälschungen entlarvt. **Wer hatte ein Interesse an der Ausschaltung des einflußreichen Alfred Herrhausen? Wer plante, tätigte den Mord und legte verfälschende Spuren? Sollten mit ihm seine die „Eine-Welt-Ordnung" gefährdenden Ideen verschwinden?** „Die Zeit" hatte nämlich am 27.10. 1989 folgendes berichtet:

„Wir gehen nicht nach dem Motto vor, die Deutschen erobern die Welt", sagte Alfred Herrhausen in einem Gespräch, „aber unser multinationales Konzept braucht eine Basis wie alles im Leben, und das wäre der patriotische Stolz auf die eigene Identität". Für „die schlimmste Folge des Zweiten Weltkrieges überhaupt" hält er, „daß uns die nationale Identität und die nationale Würde verlorengegangen sind und wir Angst haben, sie zurückzugewinnen". Und er fährt fort: „Ich bin kein Mann, der Großmachtpläne hat oder Eroberungspläne, aber ich meine, daß es ein Unglück ist, wenn die Deutschen im europäischen Kontex keine Indentität haben. Aber ich glaube, daß wir alle Chancen haben, wieder eine, wenn man so will, Bismarckzeit zu erleben, in der ein Deutscher Zentralstaat so gesteuert und so geführt wird, daß er zur Befriedigung und Stabilisierung Europas beitragen kann."

Diese möglicherweise für Herrhausen „tödlichen Gedanken verdienen es, dem **durch Dänemark ausgelösten Streit um das „Maastricht-Europa"** (das in der letzten „Pro und Contra"-Sendung von 75% der Anrufer abgelehnt wurde) in Erinnerung gerufen zu werden.

Werner Herrmann, Rinteln/Weser

Wiedergeburt aus dem Mythos?

Das COLLEGIUM HUMANUM hatte zu einem Mittsommerfest eingeladen, um vom Gipfel des Jahres aus einen Überblick über die Zeitlage zu gewinnen und wie alljährlich auf dem Winterberg das Sonnwendfeuer zu entzünden. Zum geistigen Inhalt wurde der Versuch, auf die erschütternde Diagnose von Herbert Gruhl über die „Himmelfahrt ins Nichts", die schon Gegenstand lebhafter Erörterung auf der Maitagung des WSL in Vlotho gewesen war, eine Antwort zu finden.

Sehr zu Recht ist durch Gruhls umfassende und nicht widerlegbare Darstellung die „unumkehrbare" ökologische Katastrophe, in der wir uns befinden, für alle diejenigen deutlich gemacht worden, die illusionslos der Wirklichkeit ins Auge sehen wollen. Die Bildsprache des Mythos hat einst die Bedrohung des Lebens in Baldur's Tod zur sommerlichen Sonnenwende veranschaulicht. Für das alte Bewußtsein war damit die „Götterdämmerung" eingeleitet. Gehen wir jetzt auf die „Menschendämmerung" zu?

Der Mythos schildert die Suche des in der Gestalt Odins versinnlichten Geistes, der dem entschwindenden Leben in das unsichtbare Reich der Hel folgt, um dem Tode eine Antwort nach der Zukunft abzuringen. Er geht den Weg zur Wala, der „Urmutter", wie Goethes Faust den Gang „zu den Müttern" antritt, um Ur-Weisheit zu gewinnen.

Europas Urglaube, wie er in seinen Volkstümern gewachsen ist und teilweise bis heute bewahrt blieb, ist im Unterschied zu vorderasiatischen Religionen geprägt durch eine innige Naturverbundenheit: die keltischen Druiden waren „Baum-Weise", die ihr Wissen von den auf der Erde und im Kosmos wirkenden Kräften unmittelbar empfingen. Wem sich das göttliche Walten in der Natur offenbarte, verfiel nicht auf den hybriden Gedanken, sich „die Erde untertan machen" zu wollen. Sie war ihm Mutter und lebendiger Organismus, in den er sich einfügte. Die heute noch geübte Ehrfurcht vor allem Lebendigen, welche die Iren erfüllt, erinnert an die einst den Völkern Europas gemeinsame und erst später verlorene und heute zerbrochene Eintracht mit dem Leben. Ob uns die innere Rückkehr zu den Wurzeln noch gelingt? Spricht nicht das Hinschauen auf diesen keltischen Rückbezug (= religio), wie er in der mittsommerlichen Runde in Vlotho geübt wurde, von der Notwendigkeit, in diesem von Gruhls Buch aufgezeigten weltgeschichtlichen Augenblick – dies in des Wortes umfassender Bedeutung! – die Wende nach „innen" zu beginnen und spirituelle Kräfte zu aktivieren, aus denen allein noch Hoffnung auf eine Umkehr auch im Verhalten der Menschen geschöpft werden kann? ist nicht die uns von Gruhl in erschütternder Weise dargestellte Wirklichkeit **Anlaß** genug **zu einer geistigen, ja religiösen Erneuerung?** Allerdings müßte diese zu einer umfassenden, ganzheitlichen Folgerung im praktischen Leben, und das heißt auch: auf politischer Ebene, führen.

Das Hinschauen auf die Wurzeln des Daseins, auf die von Johann Gottlieb Fichte beschriebene „Bestimmung des Menschen", auf das Menschen- und Weltbild des „Idealismus", die Rückbesinnung auf die durch diese deutsche Geistesbewegung zu Anfang des vorangegangenen Jahrhunderts dargestellten Werte, verbunden mit den Namen Goethe, Schiller, Humboldt und vielen anderen, das Anknüpfen an die Ursprünge gemeinsamer alteuropäischer Geistigkeit wie im Keltentum Irlands – und seiner Frömmigkeit! – **könnte der entscheidende Beitrag Deutschlands zu einer immer noch zu erhoffenden Menschheitszukunft werden.**

Werner Georg Haverbeck

Bezug der Lebensschutz-Informationen

Stimme des Gewissens – LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von DM 30,– als Dank unsere „Lebensschutz-Informationen (LSI – Stimme des Gewissens" für ein Jahr lang zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe DM ______________ überwiesen und bitte um Zusendung der LSI.

______________ ______________
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an die WLS-Bundesgeschäftsstelle, Bretthorststr. 211, 4973 Vlotho.

Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.



Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307.
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106.
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bezugsgebühr: jährlich 30,– DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate).
Druck: Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010.